

1968 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht des Familienausschusses

über den Antrag 948/A(E) der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend Schadloshaltung der Studierenden nach Schließung des Mozarteums

Die Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 26. November 1998 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

“Das Gebäude des Mozarteums in Salzburg wurde vor kurzem auf Grund seiner krankmachenden Wirkung geschlossen. Für die Aufrechterhaltung des Studienbetriebes wurden in der Folge Ausweichquartiere gesucht und angemietet. Nach Auskunft der Studierenden sind die Bedingungen in diesen Räumlichkeiten für einen ordentlichen Studienbetrieb aber nicht gerade optimal. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß auf Grund der Schließung des Mozarteumsgebäudes für manche Studierende eine Verzögerung ihres Studiums eintritt. Für FamilienbeihilfenbezieherInnen wirkt sich aber eine Studienverzögerung negativ auf den Weiterbezug der Familienbeihilfe aus. Laut Familienlastenausgleichsgesetz § 2 Abs. 1 lit. b ist eine Verlängerung der Anspruchsdauer möglich, wenn ein “unvorhergesehenes Ereignis” die Studienzeit verlängert. Eine entsprechende, aber präzisere Regelung findet sich im Studienförderungsgesetz: Nach § 19 Abs. 2 Z 3 ist eine Verlängerung der Anspruchsdauer möglich, wenn den Studierenden kein Verschulden an der Verzögerung trifft.”

Der Familienausschuß hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 9. Juni 1999 in Verhandlung genommen.

Als Berichterstatter für den Ausschuß fungierte der Abgeordnete Karl **Öllinger**.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Edith **Haller**, Ludmilla **Parfuss**, Dr. Sonja **Moser-Starrach**, Karl **Öllinger** und Klara **Motter** sowie der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie Dr. Martin **Bartenstein**.

Bei der Abstimmung fand der Antrag 948/A(E) nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Familienausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1999 06 09

Hannelore Buder

Berichterstatterin

Dr. Ilse Mertel

Obfrau